

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung

Ist das Rechen- und Dienstleistungszentrum TKÜ inzwischen in Betrieb?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marco Genthe und Dr. Stefan Birkner (FDP), eingegangen am 25.04.2022 - Drs. 18/11116
an die Staatskanzlei übersandt am 26.04.2022

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung vom 10.05.2022

Vorbemerkung der Abgeordneten

„Gemäß Artikel 1 Abs. 1 des Staatsvertrags zwischen den norddeutschen Küstenländern richten die Vertragspartner ein gemeinsames Rechen- und Dienstleistungszentrum (RDZ) als eigenständige Organisationseinheit des Landeskriminalamtes Niedersachsen ein“ (Antwort der Landesregierung in der Drucksache 18/2772 auf eine Anfrage eines Abgeordneten der Fraktion der FDP in der Drucksache 18/2555). Ursprünglich war das RDZ TKÜ räumlich und technisch als Organisationseinheit des LKA Niedersachsen für eine Realisierung in den Räumlichkeiten des angestrebten Erweiterungsbaus des LKA-Niedersachsen-Hauptsitzes Am Waterlooplaz geplant und konzipiert. Da dieser Bau jedoch nicht wie geplant vollzogen wurde, strebte die Landesregierung eine Interimslösung am Standort Hannover-Schützenstraße des LKA Niedersachsen an. Aufgrund nicht einzuhaltender Daten- und Informationssicherheitsstandards am betreffenden Standort wurde auch diese Variante verworfen. Als dritte Variante strebte die Landesregierung dann eine Implementierung der Anlage in den Rechenzentrumsräumlichkeiten des IT.N im Wege einer Housing-Lösung an (Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Stand des Aufbaus eines Rechen- und Dienstleistungszentrums (RDZ) TKÜ am 07.03.2019 im Innenausschuss).

Nachdem ein Start des RDZ TKÜ für das Jahr 2020 geplant war, bestätigte das LKA Niedersachsen auf Anfrage der HAZ im April 2019, dass eine vollständige Wirkbetriebsaufnahme unter Berücksichtigung aller Kooperationspartner im Jahr 2020 nicht mehr möglich sei (HAZ, 10.04.2019).

„Es war als Großprojekt der Niedersächsischen Landesregierung geplant, doch es gibt offenbar Probleme bei der Umsetzung des neuen ‚Abhörzentrums Nord‘ der fünf norddeutschen Bundesländer. Ursprünglich sollte das polizeiliche ‚Rechen- und Dienstleistungszentrum zur Telekommunikationsüberwachung‘ Anfang 2020 an den Start gehen. Nachdem schon Mitte vergangenen Jahres klar war, dass dieser Termin nicht zu halten ist, erklärte das Landeskriminalamt (LKA) Niedersachsen auf Anfrage unserer Redaktion, dass die Aufnahme des Betriebs nun erst für das zweite Halbjahr 2021 vorgesehen ist“ (NOZ, 03.02.2020). Der Grund dafür soll eine Verzögerung im Vergabeverfahren sein (NOZ, 03.02.2020).

In der Antwort auf die Anfrage von Abgeordneten der FDP-Landtagsfraktion „Wie ist der Stand des Rechen- und Dienstleistungszentrums TKÜ?“ (Drs. 18/7317) hat die Landesregierung dann am 03.09.2020 mitgeteilt, dass sich das Projekt RDZ in der Umsetzungsphase befinde und derzeit der Auftragnehmer und die Projektgruppe RDZ den konzeptionellen und technischen Anlagenaufbau sowie die Ertüchtigung des Technikstandorts realisierten. Die Aufnahme werde nun für das Erste Quartal 2022 angestrebt (Drs. 18/7317).

1. Ist die Aufnahme des Wirkbetriebes des RDZ inzwischen erfolgt? Wenn ja, wann?

Nein.

2. Wenn nein, warum nicht, welche Punkte im Detail führten erneut zu einer Verschiebung der Inbetriebnahme, und wie wirkt sich die erneute Verschiebung auf den Kostenrahmen aus?

Im Rahmen der mehrjährigen Projektphase für das hochkomplexe und in Verbindung mit den Anforderungen an Datenschutz und Mandantentrennung technisch sehr anspruchsvolle Gesamtsystem zeigte sich zunehmend, dass der Detaillierungsgrad und der Umfang der notwendigen Systemspezifikationen deutlich gegenüber den ursprünglichen Annahmen gestiegen sind. Um die Funktionalitäten und fachlichen Anforderungen an die zu errichtende Anlage zu gewährleisten, entstanden sowohl projektseitig als auch bei den involvierten Anbietern von Komponenten, Softwareprodukten und Dienstleistungen trotz Berücksichtigung von Optimierungs- und Kompensationsmöglichkeiten zeitliche Mehraufwände.

Darüber hinaus ist das Projekt weiterhin von den bereits dargelegten Abhängigkeiten im Zusammenhang mit den weltweiten Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen. Auf die Antwort des Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung auf die Kleine Anfrage „Wie ist der Stand des Rechen- und Dienstleistungszentrums TKÜ?“ (Drs. 18/7317) wird in diesem Zusammenhang hingewiesen. Nach wie vor wirken sich insbesondere Lieferengpässe auf dem Weltmarkt auf das Projekt RDZ TKÜ und dessen Vertragspartner und Lieferanten aus. Unterbrechungen in den Lieferketten und damit verbundene Verzögerungen bei der Beschaffung und Bereitstellung von Komponenten haben weiterhin Einfluss auf den Zeitpunkt der Wirkbetriebsaufnahme.

Die Verschiebung der Wirkbetriebsaufnahme ist neben den o. a. Gründen auch durch deutlich gestiegene fachlich-technische Anforderungen bedingt, die wiederum rechtlichen und ablaufprozeduralen Anforderungen in Bezug auf Belange des Datenschutzes und der Datenübermittlung durch die Provider geschuldet sind. Dadurch haben sich im laufenden Projekt Aufwände erhöht. Diesbezügliche Auswirkungen auf den Zeit- und Kostenrahmen werden aktuell zwischen den Vertragspartnern abgestimmt und die weiteren Realisierungsplanungen zur Vermeidung wesentlicher weiterer Verzögerungen fortgeschrieben.

3. Gab es Beschwerden seitens der anderen beteiligten Bundesländer hinsichtlich der Umsetzung des Projektes RDZ? Wenn ja, welche im Detail?

Die Steuerung des Projektes RDZ TKÜ erfolgt ebenenübergreifend unter permanenter Einbindung und im ständigen Austausch der beteiligten Bundesländer. Auf strategischer Ebene setzt sich der Projektbeirat aus den Leitern und Präsidenten der Landeskriminalämter der norddeutschen Küstenländer zusammen. Er wirkt als beratendes Gremium für die Lenkungsgruppe, der die Leitenden der Polizeibehörden der beteiligten Innenressorts angehören. Die operative Steuerung des Projektes erfolgt im Zusammenspiel des Aufbaustabes RDZ TKÜ im LKA Niedersachsen mit den themenorientierten Beratern und Ländervertretern auf Fachebene. Im Rahmen dieses regelmäßigen Austauschs innerhalb der Projektorganisation mit allen beteiligten Bundesländern gibt es auf den unterschiedlichen Ebenen immer wieder Hinweise und Anmerkungen. Diese werden in der Gesamtschau durch die Projektorganisation betrachtet und in der Folge bei Relevanz einer fachlichen Befassung und erforderlichenfalls notwendigen Entscheidungsprozessen in den Gremien zugeführt.

(Verteilt am 11.05.2022)